

6253/AB XX.GP

Die Abgeordneten Dr. Partik - Pable, Lafer, Dr. Höbinger - Lehrer und Kollegen haben am 14. Juli 1999 unter der Nr. 6610/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Vorträge des kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes“ gerichtet, die ich wie folgt beantworte:

Zu den Fragen 1. 2. und 3.:

Nein, da die in der Anfrage dargestellten Aussagen nicht den Ansichten der koordinierten Drogenpolitik entsprechen. Mit dieser Anfrage wurden Aussagen von Beamten des Kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes, die von einem zweistündigen Gespräch mit Schülern stammen und im Einklang mit der koordinierten Drogenpolitik getätigt wurden, nicht nur verkürzt dargestellt, sondern auch mit anderen Worten wiedergegeben.

Zur Frage 4.:

Die in der Anfrage dargestellte Drogenaufklärung findet mit diesen Aussagen nicht statt und braucht daher auch nicht unterbunden zu werden.

Zur Frage 5.:

Da den bisher 409 in Wiener Schulen durchgeführten Informationsveranstaltungen des Kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes, die im Einklang mit der koordinierten Drogenpolitik stehen, lediglich eine einzige Beschwerde eines Vaters, der FPÖ - Gemeinderat in Wien ist, entgegensteht, besteht kein Grund zur Einleitung von disziplinären Untersuchungen gegen vortragende Exekutivbeamte.

Zur Frage 6.:

Nein

Zur Frage 7.:

Die Meinung, daß das Verbot von Drogen ausschließlich kulturell begründbar ist, teile ich nicht.

Zur Frage 8.:

Die Informationstätigkeit der Präventionsbeamten des Kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes der BPD Wien wird sich weiterhin nach den Grundsätzen der koordinierten

Drogenpolitik richten, mit denen unsere Jugend sowohl über die Gefahren der illegalen als auch der legalen Suchtmittel aufgeklärt wird.

Zur Frage 9.:

Den Beamten des Kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes, die in der Suchtprävention eingesetzt sind, wurden die Grundsätze der koordinierten Drogenpolitik von Exekutivbeamten vermittelt, die voll ausgebildete Jugend - und Suchtberater sind.